

DRINGLICHE ANFRAGE

gem. § 93 Abs. 2 GOG-NR

des Abgeordneten Herbert Kickl
an den Bundeskanzler
betreffend **Ist diese Bundesregierung noch handlungsfähig?**

Am 27. Februar 2025 einigten sich ÖVP, SPÖ und NEOS auf die Bildung einer Bundesregierung, am 3. März 2025 wurde diese vom Bundespräsidenten angelobt. Mit 21 Regierungsmitgliedern und Staatssekretären – Bundeskanzler, Vizekanzler, zwölf Ministern und sieben Staatssekretären – handelt es sich um die größte und teuerste Bundesregierung aller Zeiten. Mit Stand erstes Quartal 2026 beschäftigen die Regierungsmitglieder in ihren Kabinetten zudem insgesamt 404 Mitarbeiter. Dafür fallen Kosten von rund 46,5 Millionen Euro pro Jahr an.¹ Hinzu kommen massive Ausgaben für externe Berater: Allein im Rekordquartal 2025 (Q4) wurden rund 28 Millionen Euro für externe Beratung budgetwirksam – das entspricht Beraterkosten von mehr als 300.000 Euro pro Tag in Zeiten des Sparens.²

Es stellt sich die Frage, welche Leistungen diesen enormen Kosten gegenüberstehen. Sind diese drei Parteien, die sich als Wahlverlierer zu einer Bundesregierung zusammengeschlossen haben, um sich Ämter und Posten zu sichern, in der Lage die großen Herausforderungen, vor denen Österreich unzweifelhaft steht, zu bewältigen? Ist der „Kompromiss“, der von den Parteichefs Stocker, Babler und Meisl-Reisinger zum Selbstzweck erhoben wurde, taugliche Grundlage, um notwendige Reformschritte zu setzen? Hat es die Bundesregierung in irgendeinem Bereich geschafft, das Leben der Österreicher besser zu machen?

Die Daten und Fakten, die seit der Bildung der Ampelkoalition im März 2025 vorliegen, stellen der Bundesregierung kein gutes Zeugnis aus.

1. Teuerung

Die heimische Bevölkerung vor der Teuerung zu schützen, war das zentrale Versprechen, mit dem ÖVP, SPÖ und NEOS im März 2025 angetreten sind. Eineinhalb Jahre später ist dieses Versprechen in jedem einzelnen Lebensbereich gebrochen: Die Inflation lag im September 2026 bei 3,5 Prozent wie das EU-Statistikamt Eurostat auf Basis vorläufiger Daten mitteilte.³ Nach drei Jahren mit einer der höchsten Teuerungsraten im Euroraum liegt die Inflation auch 2026 wieder weit entfernt vom Zwei-Prozent-Ziel, das Bundeskanzler Stocker selbst ausgegeben hat. Mit ihrer Belastungspolitik hat die Bundesregierung die Preisspirale sogar selbst mit angetrieben. Was die Ampelkoalition als „Preisbremsen“ verkauft, erwies sich ausnahmslos als Placebo: Keine einzige dieser Maßnahmen hat das Leben der Österreicher spürbar billiger gemacht.

¹ <https://www.oe24.at/a/so-gross-und-teuer-wie-nie-regierung-mit-xxl-stab-900089188> (aufgerufen am 14.10.2026)

² <https://www.heute.at/s/regierung-gab-28-millionen-euro-fuer-berater-aus-120164140> (aufgerufen am 14.10.2026)

³ <https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-euro-indicators/w/2-02102026-ap> (aufgerufen am 14.10.2026)

Mit dem sogenannten „Günstiger-Strom-Gesetz“, das im Dezember 2025 im Nationalrat beschlossen wurde, versprach die Regierung sinkende Stromrechnungen. Die Realität sieht anders aus: Die Netzkosten, die 2025 bereits um 23,1 Prozent bei Strom und 16,6 Prozent bei Gas gestiegen waren, klettern unter dieser Regierung weiter. 2026 bei Gas um durchschnittlich 18,2 Prozent, in Kärnten um 35 Prozent. Das sind rund 142 Euro mehr im Jahr bei 15.000 Kilowattstunden Verbrauch. Beim Strom zahlen Burgenländer 15,9, Tiroler 10,9 und Niederösterreicher 6,9 Prozent mehr.⁴ Und der nächste Preisschub ist schon deutlich sichtbar. Die Großhandelspreise für Strom und Gas haben sich knapp verdoppelt.⁵

Dazu kommt, dass die Erdgasabgabe die Verbraucher mittlerweile wieder in voller Höhe belastet, die Senkung der Elektrizitätsabgabe mit Jahresende aus jetziger Sicht ausläuft, und diese daher mit Jänner 2027 auch wieder in voller Höhe schlagend wird – eine Verteuerung, die diese Regierung selbst zu verantworten hat. Auch die Fernwärmekunden bleiben allein. Die Bundeswettbewerbsbehörde hält fest, dass Konsumenten ihre Rechnungen nicht nachvollziehen können und es weder Regulator noch Schlichtungsstelle gibt. Den freiheitlichen Antrag auf eine unabhängige Preiskontrolle haben ÖVP, SPÖ und NEOS mehrfach vertagt.⁶ „Günstiger Strom“ findet sich damit ausschließlich im Gesetzestitel, den die Regierung aus reinen Marketinggründen gewählt hat. Haushalte, Gewerbe und Industrie zahlen in Österreich nach wie vor Energiepreise, die weit über jenen vor dem Krieg Russlands gegen die Ukraine liegen und die den Standort im internationalen Wettbewerb massiv schwächen.

Als absolute Luftnummer erwies sich auch die Halbierung der Mehrwertsteuer auf bestimmte Grundnahrungsmittel, die mit 1. Juli 2026 in Kraft trat. Die Lebensmittelpreise liegen in Österreich heute um rund 32,9 Prozent über dem Niveau von 2020.⁷ Die Regierung versprach mit ihrer Maßnahme eine Ersparnis von hundert Euro pro Haushalt und Jahr. Laut Berechnungen von OGM werden es tatsächlich nur 57 Euro sein – das entspricht bei einem wöchentlichen Einkauf gerade einmal einem Euro. Ob dieser Euro auch bei den Konsumenten ankommt, kann die Regierung aber nicht garantieren. Während die Bevölkerung mit den hohen Lebensmittelpreisen allein im Regen stehen gelassen wurde, schuf die Bundesregierung gleichzeitig ein aberwitziges Bürokratiechaos für Lebensmittelhändler und Produzenten, die zwischen

⁴ Netzentgelte 2025 (E-Control-Entwürfe, beschlossen noch vor Amtsantritt dieser Regierung):

<https://orf.at/stories/3376199/>

Netzentgelte 2026 (Strom im Schnitt +1,3 %, Gas +18,2 %)

<https://orf.at/stories/3414827/> (aufgerufen am 14.10.2026)

⁵ Großhandelspreis Gas 84 Euro/MWh, Verdoppelung seit März 2026; Speichergas zwei- bis dreimal so teuer wie im September 2025; energynewsmagazine, 21.09.2026:

<https://www.energynewsmagazine.at/2026/09/21/gaspreis-schockt-die-betriebe/> (aufgerufen am 14.10.2026)

⁶ BWB-Abschlussbericht Fernwärme

<https://orf.at/stories/3444269/> (aufgerufen am 14.10.2026)

Fernwärmewucher in Wien beenden: Umgehende Novellierung der österreichischen Fernwärme-Preisregulierung (269/A(E))

<https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVIII/A/269> (aufgerufen am 14.10.2026)

zur Vertagung des FPÖ-Antrags: OTS Hammerl vom 06.10.2026 (Ergebnis des Wirtschaftsausschusses vom 07.10.2026):

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20261006_OTS0141/fpoe-hammerl-fernwaerme-kontrollieren-statt-den-menschen-das-gas-abzudrehen (aufgerufen am 14.10.2026)

⁷ VPI Übersichtstabelle

<https://www.statistik.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-finanzen/preise-und-preisindizes/verbraucherpreisindex-vpi/hvpi#accordion-heading-1-1> (aufgerufen am 14.10.2026)

begünstigten und nicht begünstigten Produkten unterscheiden müssen – mit absurden Abgrenzungsfragen.

Besonders deutlich zeigt sich das Versagen der Ampelkoalition auch beim Wohnen. Die durchschnittlichen Mieten ohne Betriebskosten sind in Österreich seit 2020 von 415,9 Euro auf 520,8 Euro im 2. Quartal 2026 und somit rund 25,22 Prozent gestiegen, für acht Prozent der Haushalte beträgt der Wohnkostenanteil sogar über 40 Prozent.⁸ Die Antwort der Regierung bestand aus zwei Maßnahmen, die beide am Kern des Problems vorbeigingen: Der im März 2025 beschlossene Mietpreisstopp fror die Mieten lediglich auf dem bereits erreichten Rekordniveau ein und das auch nur im regulierten Bereich (Richtwert- und Kategoriemieten, Gemeinnützige). Keine einzige Wohnung wurde dadurch leistbarer. Das Ende 2025 beschlossene Mietrechtspaket mit der neuen Wertsicherungsregelung umfasste zwar nun auch den freien Bereich, enthielt aber einen gesetzlich verankerten Mieterhöhungsautomatismus zulasten der Bevölkerung: Die ersten drei Prozent Inflation werden den Mietern voll übergewälzt, vom darüber liegenden Rest die Hälfte. Diese Regierung hat Mieterhöhungen damit nicht gestoppt, sondern sie gesetzlich geregelt. Das Ergebnis ließ nicht lange auf sich warten: Die Mieten lagen im zweiten Quartal 2026 um 3,3 Prozent über dem Vorjahr – jedes Jahr kommt also weiter ein Plus obendrauf, auf ein Niveau, das für Junge, Familien und Pensionisten längst nicht mehr leistbar ist.

Das nächste „Bremsversagen“ legte die Regierung mit ihrer „Spritpreisbremse“ hin. Als im März 2026 die Literpreise bei Diesel die 2,20-Euro-Marke und bei Benzin fast die 1,90-Euro-Marke erreichten, feierte sich die Bundesregierung für eine Entlastung von zehn Cent pro Liter. Dann fuhr sie diese ohnehin kaum wahrnehmbare Entlastung Monat für Monat per Verordnung wieder zurück. Im Juni betrug die Steuersenkung nur mehr 1,7 Cent, im Juli 0,8 Cent, den Margendeckel setzte sie aus.⁹ Im September blieben inklusive Umsatzsteuer gerade 2,28 Cent je Liter, in jenem Monat, in dem Diesel mit 2,268 Euro einen neuen Rekord erreichte.¹⁰ Dabei liegt der Hebel für wirksame Entlastungsmaßnahmen auf der Hand: Der Staat selbst ist der größte Preistreiber an der Zapfsäule. Allein die mit 1. Jänner 2025 erhöhte CO₂-Steuer macht inklusive Umsatzsteuer 16,5 Cent je Liter Diesel und 15 Cent je Liter Benzin aus.¹¹ Dazu kommt die Mineralölsteuer, die schon ohne Mehrwertsteuer je Liter Diesel 39,7 Cent und für Benzin 48,2 Cent beträgt. Die geringfügige Senkung um 6,7 Cent je Liter für Oktober und November dieses Jahres kann vor dem Hintergrund dieser enormen Belastungen wohl lediglich als symbolische Maßnahme ohne spürbare Entlastungswirkung bezeichnet werden. Es bleibt die Verzweiflung bei den Pendlern,

⁸ Ergebnisse im Überblick: Wohnkosten für Hauptmietwohnungen – Mikrozensus, <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/wohnen/wohnkosten> aufgerufen am 14.10.2026)

⁹ MÖSt-Senkung netto:

April 5 Cent (plus Margendeckel ca. 5 Cent)

Mai 2 Cent

Juni 1,7 Cent

Juli 0,8 Cent

August und September je 1,9 Cent; Margendeckel Juni–September ausgesetzt

<https://spritpreisverlauf.at/spritpreisbremse> (aufgerufen am 14.10.2026)

¹⁰ Diesel 2,268 Euro am 16.09.2026 (E-Control/ÖAMTC)

<https://www.news.at/wirtschaft/preis-fur-diesel-steigt-auf-neuen-rekordwert> (aufgerufen am 14.10.2026)

¹¹ <https://www.oeamtc.at/thema/vorschriften-straßen/neuerungen-2026-83021929> (aufgerufen am 14.10.2026)

den Familien im ländlichen Raum und den Klein- und Mittelbetrieben, für die das Auto keine Frage des Lebensstils, sondern eine Existenznotwendigkeit ist.

Zusammengefasst lässt sich festhalten: Jede Maßnahme, die diese Bundesregierung mit Begriffen wie „billiger“, „günstiger“ oder „Preisbremse“ versieht, bringt am Ende für die Bevölkerung entweder überhaupt keine Entlastung oder neue Belastungen. Die Regierung bekämpft nicht die Ursachen der Teuerung, überhöhte Energiepreise, Steuern und Abgaben, Überregulierung, eine verfehlte EU-Klima- und Sanktionspolitik, sondern verteilt symbolische Almosen, die medial groß verkündet werden und dann im Bürokratieaufwand oder in der nächsten Gebührenerhöhung verpuffen.

2. Pleitewelle und Arbeitslosigkeit

Während die Bevölkerung unter der Teuerung leidet, bricht der Regierung gleichzeitig das wirtschaftliche Fundament des Landes weg. Die Folgen zeigen sich in einer Insolvenzwelle, wie sie Österreich seit Jahrzehnten nicht erlebt hat. 2025 schlitterten 6.810 Unternehmen in die Insolvenz – laut Kreditschutzverband 1870 handelt es sich um ein historisches Höchstniveau.¹² Allein von Jänner bis September 2026 gingen laut Gläubigerschutzverband Creditreform weitere 5.115 Unternehmen bankrott, das sind durchschnittlich 27 Insolvenzverfahren pro Werktag. Hinter jeder dieser Zahlen stehen Existenzen: Unternehmerfamilien, die ihr Lebenswerk verlieren, Mitarbeiter, die ihren Arbeitsplatz verlieren, Zulieferer und Gläubiger, die auf ihren Forderungen sitzen bleiben. Die Passiva der insolventen Unternehmen beliefen sich 2025 auf 8,48 Milliarden Euro, betroffen waren rund 21.900 Arbeitsplätze und 54.600 Gläubiger.

Die Pleitewelle schlägt auch mit voller Wucht auf den Arbeitsmarkt durch. Im September 2026 waren 381.200 Menschen arbeitslos gemeldet oder befanden sich in AMS-Schulungen, die Arbeitslosenquote kletterte auf 7,1 Prozent. Das sind um rund 6.000 Personen beziehungsweise 1,6 Prozent mehr als im September des Vorjahres. Seit mehr als dreieinhalb Jahren steigt die Arbeitslosigkeit nun ununterbrochen im Jahresvergleich an. Besonders dramatisch ist die Entwicklung bei den Langzeitbeschäftigungslosen, deren Zahl im September um elf Prozent auf mehr als 104.000 Personen gestiegen ist, bei den über 50-Jährigen, die nach einem Jobverlust kaum mehr eine Anstellung finden, stieg die Zahl der Arbeitslosen und Schulungsteilnehmer im Vergleich zum Vorjahresmonat auf mehr als 103.000 Personen. Die Zahl der akut eine Lehrstelle suchenden Jugendlichen legte um acht Prozent auf fast 11.700 zu, während die aktuell offenen Lehrstellen stagnierten.

Zugleich bleibt die Zahl der Arbeitslosen mit ausländischer Staatsbürgerschaft auch im September mit mehr als 121.000 Personen zuzüglich der fast 37.000 Schulungsteilnehmer überproportional hoch, was einen Anteil von 41,5 Prozent ergibt. Das ist ein deutlicher Beleg dafür, dass die jahrelange Zuwanderung in den Arbeitsmarkt und in das Sozialsystem nicht die versprochene Lösung des „Fachkräftemangels“ gebracht hat, sondern den Druck auf die heimischen Arbeitnehmer und die Sozialkassen weiter erhöht. Wien, wo die SPÖ seit Jahrzehnten regiert, weist mit einer Arbeitslosenquote von etwa 11,5 Prozent¹³ den mit Abstand schlechtesten Wert aller Bundesländer auf und ist zugleich jenes Bundesland, in dem am meisten Sozialhilfe an Nicht-Staatsbürger ausbezahlt wird. Insgesamt bezogen laut

¹² <https://www.ksv.at/insolvenzstatistik/unternehmensinsolvenz-2025> (aufgerufen am 14.10.2026)

¹³ https://www.ams.at/content/dam/download/arbeitsmarktdaten/wien/900_arbeitsmarktreport_september_2026.pdf (aufgerufen am 14.10.2026)

dem jüngsten Bericht im Jahr 2024 205.800 Personen Sozialhilfe oder Mindestsicherung.¹⁴ Nicht einmal 78.000 Personen beziehungsweise 38 Prozent waren österreichische Staatsbürger. Rund 113.000 Bezieher – 54 Prozent – waren Drittstaatsangehörige. Die mit Abstand größte Gruppe darunter bildeten Asyl- oder subsidiär Schutzberechtigte: Über 91.000 Personen – das sind 44 Prozent aller Bezieher von Mindestsicherung beziehungsweise Sozialhilfe. Die Mindestsicherung ist längst zur Ausländersicherung geworden.

Die Antwort der Regierung auf diese Entwicklung bestand im Wesentlichen aus Kürzungen: Das Budget für aktive Arbeitsmarktpolitik soll bereits 2028 um mehr als 108 Millionen Euro sinken und damit sinken auch die Mittel pro arbeitsloser Person.¹⁵ Die versprochene bundesweit einheitliche Sozialhilfereform, die den Anreiz zur Arbeitsaufnahme stärken und die Zuwanderung ins Sozialsystem beenden soll, steckt offensichtlich seit Monaten in der Koordinierung zwischen ÖVP und SPÖ fest – ein Paradebeispiel jener Handlungsunfähigkeit, die den Gegenstand dieser Anfrage bildet.

3. Fehlendes Wirtschaftswachstum

Wirtschaftswachstum ist die Grundlage für sichere Arbeitsplätze, steigende Löhne, finanzierbare Pensionen, ein funktionierendes Gesundheitssystem und ein Budget, das ohne immer neue Steuern auskommt. Genau diese Grundlage bricht Österreich unter der Ampelkoalition weg. Ein Land, das über Jahrzehnte zu den wohlhabendsten und wachstumsstärksten Volkswirtschaften Europas gehörte, ist innerhalb weniger Jahre zum Schlusslicht der Europäischen Union geworden und diese Regierung schaut zu.

Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: Die österreichische Wirtschaftsleistung liegt real mit 2,7 Prozent noch immer nur knapp über dem Niveau von 2019 – während im EU-Durchschnitt das reale BIP 2025 um 7,2 Prozent höher war als 2019, die Eurozone im selben Zeitraum um rund 6,8 Prozent gewachsen sind. Die Wirtschaftsleistung pro Kopf in Österreich, der eigentliche Maßstab für den Wohlstand der Bevölkerung, liegt infolge der Rezession 2023/24 inzwischen unter dem Niveau von 2019.¹⁶ – die Österreicher sind heute im Durchschnitt ärmer als vor fünf Jahren. Dabei handelt es sich nicht um eine vorübergehende Konjunkturdelle. Ein verheerendes Bild zeichnen sämtliche Prognosen für die kommenden Jahre: Laut dem Institut für Höhere Studien (IHS) wird das Wirtschaftswachstum bis 2030 im Schnitt nur rund ein Prozent pro Jahr betragen – zu wenig, um die Arbeitslosigkeit zu senken, zu wenig, um das Budget zu sanieren, und zu wenig, um den Wohlstandsverlust der vergangenen Jahre auch nur annähernd aufzuholen. Die OeNB erwartet für Österreich ein reales BIP-Wachstum im Jahr 2026 von 0,5 Prozent, 1,3 Prozent für 2027 1,3 Prozent und für 2028 1,2 Prozent.¹⁷

Einen noch düstereren Ausblick gibt die Konjunkturprognose der EU-Kommission: Sie sieht Österreich beim Wirtschaftswachstum für das Jahr 2026 unter den

¹⁴ https://www.integrationsfonds.at/fileadmin/user_upload/OEIF_Mig_Int_2026.pdf (aufgerufen am 14.10.2026)

¹⁵ https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr_2026/pk0669 (aufgerufen am 14.10.2026)

¹⁶ https://www.produktivitaetsrat.at/dam/jcr:fd881915-3032-446c-906d-2fb15be9ad3a/PROD-Bericht_2025_Screen.pdf, S. 9 (aufgerufen am 14.10.2026)

¹⁷ <https://www.oenb.at/daten-und-forschung/publikationen/publikationsreihen/oenb-report/wirtschaftsprognosen/report-2026-24.html> (aufgerufen am 14.10.2026)

Schlusslichtern der EU – nur noch Italien und Rumänien liegen dahinter. Auch der Internationale Währungsfonds und die OECD reihen Österreich am unteren Ende der Industriestaaten. Diese Einschätzungen stammen nicht von der Opposition, sondern von jenen Institutionen, auf die sich die Regierung selbst bei jeder Gelegenheit beruft.

Die Ursache dieser Entwicklung ist ein dramatischer Verlust an Wettbewerbsfähigkeit, der von der Ampelkoalition nicht gestoppt, sondern vertieft wurde. Die Lohnstückkosten in Österreich steigen seit Jahren stark an. Allein in den Jahren 2023 bis 2025 verzeichnete Österreich mit durchschnittlich 6,4 Prozent den stärksten Anstieg innerhalb der Eurozone, in welcher ein durchschnittlicher Anstieg von lediglich 4,5 Prozent zu verzeichnen war. Damit liegt Österreich auch vor Deutschland mit 5,9 Prozent.¹⁸ Diese Schere ist nicht das Ergebnis zu hoher Nettolöhne, die Arbeitnehmer haben real sogar verloren, sondern das Ergebnis einer Abgabenlast auf Arbeit, die zu den höchsten der Welt gehört, und einer hausgemachten Inflation, die über Jahre hinweg über jener unserer Handelspartner lag.

Für die Bevölkerung bedeutet das, dass die Reallöhne nicht steigen, dass Lehrlinge und Jungakademiker keine Perspektive im eigenen Land finden und immer öfter ins Ausland abwandern, dass die Pensionen durch Kürzungen und Beitragserhöhungen unter Druck geraten, dass Spitäler, Schulen und Infrastruktur unterfinanziert bleiben und dass jede neue Budgetlücke mit dem Griff in die Taschen der Fleißigen geschlossen wird. Es bedeutet, dass der Wohlstand, den Generationen von Österreichern aufgebaut haben, Stück für Stück verspielt wird – von einer Regierung, die nicht einmal den Ernst der Lage erkennt, geschweige denn eine Lösung hat.

4. Immer neue Steuern

Gleichzeitig ist die Abgabenquote so hoch wie in kaum einem anderen Land. Österreich belegt den zweifelhaften dritten Platz aller OECD-Staaten¹⁹. Im aktuellen „World Competitiveness Ranking“ des Lausanner Instituts IMD ist Österreich auf den Platz 29 im internationalen Standortwettbewerb zurückgefallen und liegt damit hinter Staaten wie dem Oman, Vietnam oder Thailand. Hinsichtlich der Steuerpolitik liegt das Hochsteuerland Österreich sogar abgeschlagen auf Platz 65 aller 70 untersuchten Volkswirtschaften.²⁰

Statt die Abgabenlast zu senken und den Standort zu entlasten, hat die Ampelkoalition seit ihrem Amtsantritt eine beispiellose Belastungslawine über die Bevölkerung rollen lassen. Was ÖVP, SPÖ und NEOS als „Sparkurs“ verkaufen, ist in Wahrheit nichts anderes als ein Griff in die Geldbörsen der Fleißigen, der Pensionisten, der Familien und der Autofahrer – während bei den eigenen Kosten, bei den Beraterhonoraren, bei der Zuwanderung ins Sozialsystem und bei den Milliardenzahlungen an die EU und die Ukraine kein einziger Euro gespart wurde. Den Anfang machte das Doppelbudget 2025/2026 mit seinem Belastungspaket: Zwar wurde der Klimabonus gestrichen, die CO₂-Steuer aber mit 55 Euro pro Tonne beibehalten. Die Bürger zahlen damit an der Zapfsäule und bei der Heizrechnung mehr denn je. Die FPÖ hat die ersatzlose

¹⁸ https://www.boeckler.de/fpdf/HBS-009467/p_imk_report_202_2026.pdf (aufgerufen am 14.10.2026)

¹⁹ <https://www.diepresse.com/20405790/neue-oecd-zahlen-oesterreichs-abgabenquote-steigt-immer-weiter> (aufgerufen am 14.10.2026)

²⁰ https://www.imd.org/centers/wcc/world-competitiveness-center/rankings/world-competitiveness-ranking/rankings/wcr-rankings/#_tab_Rank (aufgerufen am 14.10.2026)

Abschaffung dieser Klimastrafsteuer wiederholt beantragt – alle Anträge wurden aber von den Regierungsparteien niedergestimmt.

Besonders hart traf diese Regierung die ältere Generation: Der Krankenversicherungsbeitrag für Pensionisten wurde von 5,1 auf sechs Prozent angehoben, die Pensionsanpassung 2026 für einen Großteil der Pensionisten unter der Inflationsrate festgelegt – Pensionen bis 2.500 Euro steigen um den gleichen Wert wie die Inflation, höhere Pensionen steigen nur um 67,50 Euro. Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet und in das System eingezahlt haben, bekommen so eine doppelte Kürzung verpasst – weniger Pension bei gleichzeitig höheren Abzügen. Das ist nichts anderes als eine Pensionskürzung durch die Hintertür. Auch bei der kalten Progression wurde man wortbrüchig: Die vollständige Abschaffung der schleichenden Steuererhöhung war eine der wenigen echten Entlastungen der vergangenen Jahre. Die Ampelkoalition hat diese Entlastung ausgehöhlt, indem sie das sogenannte „dritte Drittel“ nicht mehr an die Steuerzahler zurückgibt, sondern zur Budgetsanierung einbehält. Jede Lohnerhöhung, die den Arbeitnehmern zur Abgeltung der Teuerung zusteht, wird so weiterhin anteilmäßig vom Finanzminister kassiert.

Hinzu kommt eine ganze Kaskade von Gebührenerhöhungen und neuen Abgaben, mit denen diese Regierung die Bevölkerung still und heimlich zur Kasse bittet: Die Bundesgebühren für Reisepass, Führerschein und Personalausweis wurden deutlich angehoben, die Tabaksteuer, die Glücksspiel- und Wettabgaben erhöht, die Rezeptgebühr und die e-card-Servicegebühr hinaufgesetzt, die Vignette verteuert und E-Autos wurden in die motorbezogene Versicherungssteuer einbezogen, obwohl deren Kauf von der Politik jahrelang mit Steuergeld gefördert wurde. Die Bildungskarenz wurde abgeschafft, die Förderungen für Photovoltaik gestrichen, die Energieabgaben auf Strom und Gas nach dem Auslaufen der Senkung wieder auf das volle Niveau angehoben. Mit der Erhöhung der Grunderwerbsteuer und der neuen Umwidmungsabgabe wird zudem das Bauen und Wohnen weiter verteuert – in einer Phase, in der leistbares Wohnen für immer mehr Österreicher zur Existenzfrage wird.

Das Ergebnis dieser Politik ist verheerend: Während beim Konsolidierungspaket 2025 mehr als zwei Drittel des Volumens auf ausgabenseitige Maßnahmen entfielen, erfolgt die Konsolidierung im aktuellen Paket stärker einnahmenseitig. In den Jahren 2027 und 2028 beträgt der Anteil der einnahmenseitigen Maßnahmen am Netto-Konsolidierungsvolumen sogar 89 Prozent beziehungsweise 61 Prozent.²¹ Gleichzeitig steigt die Staatsverschuldung weiter, das Defizit liegt nach wie vor über der Maastricht-Grenze, Österreich befindet sich in einem EU-Defizitverfahren, und die Zinslast für den Steuerzahler wächst von Jahr zu Jahr. Die Neuverschuldungszahlen der nächsten Jahre sind von den Corona-Jahren kaum zu unterscheiden. Die Schuldenquote sinkt nicht – sie steigt immer noch. Jeder Euro, den diese Regierung den Bürgern zusätzlich abknöpft, versickert in einem aufgeblähten Staatsapparat, in Asyl- und Sozialkosten für Zuwanderer, in EU-Beiträgen und in den Prestigeprojekten der Koalitionsparteien.

Diese Regierung kassiert also auf der einen Seite mit vollen Händen und verteilt auf der anderen Seite ein paar symbolische Almosen, die sie dann als „Entlastung“ feiert – wie die oben beschriebene Halbierung der Mehrwertsteuer auf einzelne Grundnahrungsmittel, die den Haushalten laut OGM gerade einmal einen Euro pro

²¹ <https://www.parlament.gv.at/fachinfos/budgetdienst/Budgetanalyse-2027-und-2028> (aufgerufen am 14.10.2026)

Wocheneinkauf bringt. Als wäre das noch nicht genug, wurde zur Gegenfinanzierung dieser völlig gescheiterten Mehrwertsteuer-Maßnahme auch noch eine Paketsteuer eingeführt, die pro Paket 2,40 Euro aus den Geldbörsen der Bürger in den Fiskus des Finanzministers spült. Die Regierung nimmt den Menschen also mit der einen Hand mehr, als sie ihnen mit der anderen Hand zurückgibt – ein Nullsummenspiel zulasten der Bevölkerung, das als „Entlastung“ verkauft wird.

5. Erosion der inneren Sicherheit

Wie wenig diese Bundesregierung in der Lage ist, ihre Kernaufgaben zu erfüllen, zeigt sich an der Politik von Innenminister Karner. Dieser müsste die Sicherheit und Freiheit der eigenen Bevölkerung gewährleisten sowie unsere Staatsgrenzen vor äußeren Gefahren schützen. Jedoch blieb Karner im Kampf gegen die illegale Massen- und Messerzuwanderung tatenlos. Anstatt unsere Grenzen zu schützen, setzte er den EU-Migrationspakt um. Anstatt den Familiennachzug konsequent und permanent zu stoppen, hemmte er diesen bloß befristet. Solche Scheinlösungen können wir uns die innere Sicherheit betreffend nicht leisten. Mit der Massenzuwanderung ging eine Explosion der Gewalt durch Migranten einher. Im Jahr 2025 waren 47,7 Prozent der Tatverdächtigen Ausländer. Dies bedeutet den höchsten Anteil fremder Tatverdächtiger an der Gesamtanzahl der Tatverdächtigen in den zurückliegenden sieben Jahren.²²

Messerstechereien und Vergewaltigungen stehen mittlerweile tragischerweise an der innenpolitischen Tagesordnung. Allein 2024 wurde 2.596 Mal mit dem Tatmittel „Stichwaffe“ zugestochen, wobei über 56 Prozent der Tatverdächtigen Ausländer waren. Im Durchschnitt stechen somit über dreimal pro Tag in Österreich Ausländer auf andere Personen ein.²³ 471 Fremde wurden als Tatverdächtige im Jahr 2025 aufgrund des Vorwurfs der Vergewaltigung geführt, 681 wegen sexueller Belästigung und 112 wegen des Verdachts des schweren Missbrauchs von Unmündigen.²⁴ Obwohl die Dunkelziffer hierzu sicherlich noch wesentlich höher liegt, ist allein aus diesen Zahlen ablesbar, dass jeden Tag eine Frau in Österreich von einem Ausländer vergewaltigt wird. Insbesondere für Frauen werden jeden Sommer bereits Schwimmbäder zu No-Go-Areas. Es ist mittlerweile kontinuierlich von schrecklichsten Missbrauchsfällen zu lesen, in welchen junge Frauen unter Drogen gesetzt und massenvergewaltigt werden. Diese Entwicklung ist nicht länger hinzunehmen, denn die massive Gewaltexplosion gefährdet nicht nur die innere Sicherheit Österreichs, sondern die Sicherheit jedes einzelnen Bürgers.

In Karners Amtszeit fällt außerdem eine gefährliche Zuspitzung der islamistischen Bedrohung. Der schlimmste Vorfall ereignete sich am 15. Februar 2025 in Villach: Der syrische Asylberechtigte Ahmad G. ermordete einen jungen Burschen und verletzte weitere Passanten schwer, während er „Allahu Akbar“ rief. Wenige Tage zuvor war ein erst 14-jähriger Islamist festgenommen worden, der einen Anschlag auf den Wiener Westbahnhof plante. Die Bedrohung des islamistischen Terrors ist tragischerweise

²² Kriminalpolizeiliche Anzeigenstatistik, Wien 2026, S. 25-26
https://www.bundeskriminalamt.at/501/files/kriminalpolizeiliche_anzeigenstatistik_2025_bf.pdf
(aufgerufen am 14.10.2026)

²³ https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVIII/AB/1280/imfname_1695751.pdf, S. 2, 11-17
(aufgerufen am 14.10.2026)

²⁴ https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVIII/AB/5512/imfname_1773205.pdf, S. 2 (aufgerufen am 14.10.2026)

mittlerweile in Österreich allgegenwärtig geworden. Rund 650 sogenannte islamistische Gefährder halten sich auf österreichischem Staatsgebiet auf. Im Bereich des islamistischen Extremismus stieg die Zahl der erfassten Tathandlungen 2025 um über 42,3 Prozent auf 306.²⁵ Trotz dieser massiven Bedrohung bleibt der Innenminister säumig. Längst wäre es an der Zeit, ein Verbotsgesetz gegen den politischen Islam zu beschließen. Ein solches ist unter Karner nicht in Sicht.

Gegenüber der eigenen Bevölkerung kennt Innenminister Karner dagegen keine Hemmungen. Hier forcierte er völlig unverhältnismäßige Maßnahmen, wie die Messenger-Überwachung oder die Verschärfung des Waffengesetzes. Mittels der beschlossenen Messenger-Kontrolle wird in die Privatsphäre der Bürger auf bisher unbekannte Weise eingedrungen. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, wie schnell unbescholtene Bürger zu „Verfassungsgefährdern“ erklärt werden können, um gegen dieselben vorzugehen. Die Novelle des Waffengesetzes zielt auf unbescholtene, legale Waffenbesitzer ab, während der Kampf gegen illegale Waffen vollkommen ausgeklammert bleibt. Angesichts all dieser Fehlleistungen ist festzuhalten: Karner hat das Vertrauen der Österreicher verspielt. Eine Bundesregierung, die ihrer Kernaufgabe, dem Schutz der österreichischen Bevölkerung, nicht nachkommt, ist nicht mehr tragbar.

6. Angriff auf die Neutralität

Auch in der Außenpolitik zeigt sich, dass diese Bundesregierung ihre Kernaufgaben vernachlässigt und die immerwährende Neutralität Österreichs zunehmend aushöhlt. Außenministerin Beate Meinl-Reisinger erklärte im Mai 2026 im Podcast „Table.Today“: *„Innerhalb Europas gibt es keine Neutralität, sondern Solidarität.“* Österreich sei zudem „nie politisch neutral“ gewesen.²⁶ Zugleich bekannte sie sich zu einer europäischen Verteidigungsfähigkeit „bis hin zu einer Verteidigungsunion“ und zu einer europäischen Streitkraft. Österreich zähle zu jenen Staaten, die eine Operationalisierung der EU-Beistandsklausel (Art. 42 Abs. 7 EUV) vorantreiben. Damit ordnet die Außenministerin die eigenständige österreichische Sicherheitspolitik den Interessen Brüssels unter. Diese „Solidarität“ ist in Wahrheit eine Zwangssolidarität, die Österreich in fremde Konflikte hineinzuziehen droht.

Gegenüber Russland setzt Meinl-Reisinger auf Konfrontation statt auf die Möglichkeiten neutraler Diplomatie. Im Nationalrat erklärte sie, Sanktionen seien „überhaupt keine Frage der Neutralität“ und wirkten, wenn auch „nicht genug“. Einer Rückkehr zu russischen Energielieferungen erteilte sie eine Absage.²⁷ Die wirtschaftlichen Belastungen durch die Sanktionspolitik und den Verzicht auf russische Energie nimmt die Bundesregierung damit bewusst in Kauf. Zugleich entstehen durch immer neue Hilfszusagen und Kredite für die Ukraine erhebliche finanzielle Verpflichtungen, deren langfristige Auswirkungen auf die Steuerzahler offengelegt werden müssen. Statt Österreich als neutralen Vermittler zu positionieren und auf Friedensverhandlungen hinzuwirken, übernimmt die Bundesregierung weitgehend die außenpolitische Linie Brüssels.

²⁵ <https://www.bmi.gv.at/news4c8c.html?id=51326d6a3669786c3674773d> (aufgerufen am 14.10.2026)

²⁶ <https://orf.at/stories/3430036/> (aufgerufen am 14.10.2026)

²⁷ <https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVIII/NRSITZ/75/A - 18 47 50 00948118.html> (aufgerufen am 14.10.2026)

Bedenklich ist insbesondere auch das Vorhaben der Bundesregierung, nach finnischem Vorbild ein „Kompetenzzentrum gegen ausländische Informationsmanipulation“ aufzubauen. Den Auftakt soll im Frühjahr eine Konferenz in Wien bilden. Es droht eine staatlich getragene Instanz, die politische Informationen bewertet. Wer entscheidet künftig, was Desinformation ist? Dieselbe Außenministerin rückte im Nationalrat ein Eintreten für Friedensverhandlungen in die Nähe von „Sowjetpropaganda oder Sowjetnostalgie“.²⁷ Werden also Kritiker der Russland-Sanktionen oder Befürworter der Neutralität künftig als Verbreiter russischer Propaganda eingestuft? Die Gefahr eines Wahrheitsministeriums im Orwellschen Sinn darf angesichts solcher Zuschreibungen nicht unterschätzt werden. Die Meinungsfreiheit darf jedoch nicht einer staatlich vorgegebenen außenpolitischen Linie untergeordnet werden.

7. Gesundheitssystem und Pflegebereich vor dem Kollaps

Das österreichische Gesundheitssystem steuert trotz Rekordausgaben von 64 Milliarden Euro auf einen Kollaps zu. Für die Patienten bedeutet dies im Wesentlichen eine Spirale aus Leistungskürzungen und steigenden Belastungen. Die Politik der Regierung befeuert die Krise weiter statt sie zu lösen. Ein Anstieg der Gesundheitsausgaben um 60 Prozent seit 2015 auf 52,1 Milliarden Euro führte zu keiner spürbaren Verbesserung für die Patienten. Besonders der Zuwachs von 143,5 Prozent bei der Spitalsambulanten Versorgung belegt die massive Schieflage. Anstatt den niedergelassenen Bereich zu stärken, werden Patienten in die überlasteten Spitalsambulanzen gedrängt.

Statt echter Strukturreformen wurde etwa ein milliardenschwerer „Gesundheitsreformfonds“²⁸, gespeist auf Kosten der Pensionisten durch die höheren KV-Beiträge, installiert, der aber am Kernproblem des Kassenärztemangels vorbeigeht und nichts anderes als ein „Weiter wie bisher“ ist. Gleichzeitig belegt die „Kassenarzt-Wartezeiten-Studie 2026“²⁹ einen Anstieg in acht von 14 Fachrichtungen. Die „Reformpartnerschaft Gesundheit“³⁰ erweist sich als Verschleppungstaktik, bei der Lösungen auf 2030 oder später vertagt werden. Die wenigen angekündigten Maßnahmen, wie der Ausbau von Primärversorgungszentren, verstärken die Probleme sogar. Sie gefährden die flächendeckende Versorgung im ländlichen Raum, da sie in subventionierter Konkurrenz zu bestehenden Einzelordinationen stehen. Gleichzeitig versagt die Regierung bei der Arzneimittelbeschaffung immer wieder auf ganzer Linie. Und während in der Österreichischen Gesundheitskasse Pläne für die Abschaffung der Wahlarzt-Erstattung und für neue Selbstbehalte gewälzt und neue Selbstbehalte bei Krankentransporten bereits eingeführt werden, duckt sich die Regierung weg und verweist auf die Selbstverwaltung.

Erschwerend kommt das völlige Regierungsversagen im Pflegebereich hinzu. Wer Pflege braucht, wer Angehörige pflegt oder wer tagtäglich in diesem Beruf arbeitet, braucht keine Sonntagsreden, sondern endlich ein System, das gerecht, menschlich und verlässlich funktioniert. Österreichs Pflegesystem leidet allerdings unter einem strukturellen Versagen. Anstatt ein bundesweit einheitliches und transparentes System

²⁸ https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr_2025/pk1177#XXVIII_I_00295 (aufgerufen am 14.10.2026)

²⁹ <https://www.krankenversichern.at/kassenarzt-wartezeiten-studie-2026/> (aufgerufen am 14.10.2026)

³⁰ https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:ad8757ef-2807-4ebc-9d79-942d9b68f6f7/die_reformpartnerschaft_2026_politische_einigung.pdf (aufgerufen am 14.10.2026)

zu schaffen, herrscht ein föderales Kompetenzchaos, das zu ungleichen Leistungen und undurchsichtigen Förderungen führt. Das System ignoriert insbesondere die zentrale Rolle der häuslichen Pflege, die aber von 80 bis 85 Prozent der Betroffenen in Anspruch genommen wird und das Rückgrat der Versorgung darstellt. Die Regierung versäumt es, die Pflege zu Hause gezielt zu stärken und echte Wahlfreiheit zu ermöglichen. Stattdessen werden bürokratische Hürden aufrechterhalten, wie etwa bei den Pflegegeldeinstufungen, die oft nicht den tatsächlichen Bedarf widerspiegeln und zu finanziellen Nachteilen für zu Hause gepflegte Personen führen.

Auch bei der Personalentwicklung wird auf kurzfristige und ineffiziente Lösungen gesetzt. Anstatt durch die Forcierung der Pflegelehre den eigenen Nachwuchs zu fördern und die Attraktivität des Berufs zu steigern, verlässt man sich immer noch auf Hilfsmigration. Dieser Ansatz löst die strukturellen Probleme nicht. Gleichzeitig werden Pflegekräfte durch überbordende Bürokratie und Dokumentationspflichten belastet. Statt eines zukunftsorientierten Gesamtkonzepts, das auf Selbstbestimmung, Entlastung und heimische Ausbildung setzt, verharret die Regierung im Nichtstun und wird so weder den Bedürfnissen der Pflegebedürftigen noch jenen des Pflegepersonals und der pflegenden Angehörigen gerecht.

8. Regierungschao: 96 Vorhaben werden blockiert

All diese Fehlentwicklungen wären für sich genommen schon Grund genug, an der Eignung dieser Bundesregierung zu zweifeln. Was den Zustand der Republik jedoch dramatisch macht, ist der Umstand, dass ÖVP, SPÖ und NEOS nicht einmal mehr in der Lage sind, auf diese Krisen zu reagieren. Eine Regierung, die einen „Herbst der Ergebnisse“ verspricht, sich dann aber in internen Streitigkeiten, Personaldebatten und Koordinierungsschleifen verliert, während dem Land seine wirtschaftliche Substanz wegbricht, hat keine Daseinsberechtigung. Sie ist nicht mehr handlungsfähig – sie ist nur noch im Amt.

Die Ursache dieser Lähmung liegt in der Entstehungsgeschichte der Koalition selbst. Die Regierungsparteien haben sich nicht zusammengefunden, weil sie ein gemeinsames Projekt für Österreich verbindet, sondern weil sie ein gemeinsames Ziel hatten – nämlich die Verhinderung einer Regierung unter Führung der FPÖ, die bei der Nationalratswahl 2024 mit Abstand stärkste Kraft wurde. Eine Koalition, deren einzige Geschäftsgrundlage die Abwehr des Wahlsiegers ist, hat am Tag ihrer Angelobung ihren Zweck bereits erfüllt und seither keinen neuen gefunden. Fundament jeder seither zu treffenden Entscheidung bildet der kleinste gemeinsame Nenner. Der von Christian Stocker, Andreas Babler und Beate Meisl-Reisinger zum Selbstzweck erhobene Kompromiss ist in Wahrheit die Formel für Stillstand. Wie weit die daraus resultierende Lähmung fortgeschritten ist, zeigt eine Zahl, die das Ausmaß der Blockade schonungslos offenlegt: So stecken derzeit 96 Vorhaben der Bundesregierung in der Koordinierung zwischen den Koalitionspartnern fest – Regierungsvorlagen und Verordnungen, die von einem Ressort ausgearbeitet wurden, aber von zumindest einem Koalitionspartner blockiert werden.³¹

Die ÖVP trägt die Hauptverantwortung für diese Lage. Christian Stocker ist Bundeskanzler geworden, ohne jemals als Spitzenkandidat zur Wahl gestanden zu sein. Er führt eine Partei, die bei der Nationalratswahl 2024 über elf Prozentpunkte

³¹ <https://www.heute.at/s/herbst-der-ergebnisse-doch-96-vorhaben-stecken-fest-120261829>
(aufgerufen am 14.10.2026)

verloren hat, und er regiert auch mit einem Koalitionspartner, der sich derzeit selbst zerlegt. Es entsteht unweigerlich der Eindruck, dass für die ÖVP Kanzlerposten und die Ministerien mehr zählen als der Zustand der Republik. Sie hält an einer Regierung fest, von der sie selbst nicht mehr glaubt, dass sie funktioniert, weil die Alternative der Verlust der Macht wäre. Das ist nicht Verantwortung, das ist Machterhalt um jeden Preis.

Besonders deutlich wird der Zerfall der Koalition am Zustand der SPÖ. Seit Wochen wird in der Sozialdemokratie offen über die Ablöse des Parteivorsitzenden und Vizekanzlers Andreas Babler gefeilscht. Landesparteiobleute, Gewerkschafter und Bürgermeister stellen seine Führung offen in Frage, die Partei liegt in Umfragen bei zwölf Prozent,³² so niedrig wie nie zuvor in der Zweiten Republik. Dass Babler trotzdem bis auf weiteres im Amt bleibt, verdankt er nicht dem Vertrauen der Bevölkerung, sondern einem Parteistatut, das seine Abwahl nur unter hohen Hürden ermöglicht. Was sich in der SPÖ abspielt, ist ein Richtungs- und Machtkampf auf Kosten der Republik. Eine Partei, die nicht einmal ihre eigenen Personalfragen klären kann, soll das Land durch die schwerste Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten führen.

Die NEOS wiederum, die sich als „Reformkraft“ in der Koalition verkaufen wollen, haben sich längst in die Rolle des stillen Mehrheitsbeschaffers gefügt. Jede Belastung und jede Gebührenerhöhung wurde mitgetragen, und von den angekündigten Strukturreformen, insbesondere in der Verwaltung, ist nichts umgesetzt. Wer als selbsternannte Reformpartei in eine Regierung geht und nach eineinhalb Jahren nichts vorzuweisen hat, ist nicht Reformkraft, sondern Feigenblatt.

„Jetzt das Richtige tun. Für Österreich.“ lautet der Titel, den ÖVP, SPÖ und NEOS ihrem Regierungsprogramm gegeben haben. Was in der aktuellen Situation das Richtige wäre, haben die Österreicher in Umfragen klar zum Ausdruck gebracht: Laut einer aktuellen Umfrage trauen nur noch 29 Prozent der Befragten der Bundesregierung zu, die wichtigsten Probleme des Landes wirksam zu lösen. Fast zwei Drittel haben den Glauben verloren.³³ Das Vertrauen in die Koalition sinkt immer weiter. Nur mehr sechs Prozent der Österreicher trauen der Regierung zu, dass sie wichtige Reformen bis zum Ende der Legislaturperiode 2029 „auf jeden Fall“ umsetzt.³⁴ Generell bleibt die Stimmungslage in Österreich eine negative, so blicken nur 26 Prozent mit Optimismus in die Zukunft – fast die Hälfte, nämlich 48 Prozent, sagen, dass sie pessimistisch sind, wenn sie an die nächsten Monate denken. Selbst zu Zeiten der Corona-Lockdowns waren die Menschen deutlich optimistischer als jetzt. So unterschritt die Anzahl der Optimisten im Corona-Jahr 2021 nie die 30-Prozent Marke.³⁵ Will die Bundesregierung den Österreichern wieder eine positive Zukunftsperspektive geben, muss sie jetzt tatsächlich das Richtige tun. Es genügt nicht sich hinter schönen Worten und einem Regierungsprogramm, das nicht mehr abgearbeitet werden wird, zu verstecken. Das Richtige zu tun bedeutet, den Weg für Neuwahlen freizumachen, wenn man nicht mehr handlungsfähig ist.

³² <https://www.krone.at/4325347> (aufgerufen am 14.10.2026)

³³ <https://www.krone.at/4331385> (aufgerufen am 14.10.2026)

³⁴ <https://www.heute.at/s/tiefpunkt-65-prozent-vertrauen-regierung-nicht-mehr-120262503> (aufgerufen am 14.10.2026)

³⁵ <https://www.derstandard.at/story/3000000343045/waehler-von-oevp-spo-e-und-neos-mit-arbeit-der-regierung-nur-teilweise-zufrieden> (aufgerufen am 14.10.2026)

In diesem Zusammenhang richtet der unterfertigte Abgeordnete an den Bundeskanzler nachstehende

Anfrage

1. Ist diese Bundesregierung noch handlungsfähig und in der Lage, ihre Geschäfte zu führen, zumal laut Medienberichten 96 in Aussicht genommene Regierungsakte wegen Dissens zwischen den Koalitionspartnern wechselseitig blockiert werden?

Handwritten signatures and initials:

- (PORES)
- (KICKL)
- (SOMMER)
- CHH
- DARMANN

	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2026-10-15T11:00:30+02:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	